

Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion: Pulsnitz, Postfach 18. Tel.-Nr.: 246. Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Besitzer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in 1928: Die 41 mm breite Zeile (Messe's Zellenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Sp., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Sp.; amtlich 1 mm
30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz R. S., Großhörnisdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Oberstein, Niederstein, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Witzendorf, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 296

Donnerstag, den 20. Dezember 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Die Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen und Koss sind für das
Jahr 1929 wieder gewählt worden.
Wie aus Moskau gemeldet wird, starzte bei Bauarbeiten in Dnjepr-
petrowsk ein Hebekran um und tötete sieben Arbeiter. Mehrere
andere wurden schwer verletzt. Das technische Personal ist verhaftet
worden, da man Fahrlässigkeit vermutet.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Zwischen silbernem und goldenem
Sonntag) sollte es Tag für Tag für die Geschäfte
noch Großkampf geben, denn die Gewohnheit, alles bis auf den
letzten Moment hinaus zu schieben, ist zu weit verbreitet und
liegt in der Natur der Menschen. Jeder Tag in dieser letzten
Woche vor dem großen Ereignis ist bedeutungsvoll. Alle
Handlungen, alle Taten, alle Worte der Menschen nehmen
Bedeutung an, die da kommen werden. Diese letzte Woche
hat ganz ihre Weihe durch das Weihnachtsfest. Zwischen
silbernem und goldenem eingeraumt, ermahnt sie, nichts zu
vergessen und an alles zu denken, denn bald wird es zu spät
sein. Einen guten Begleiter zum Einkauf des Weihnachtsbe-
darfs bildet der Inseratenteil des „Pulsnitzer Tageblattes“.

Pulsnitz. (Rentenzahlung beim Postamt.)
Ausnahmsweise werden die Militärversorgungsgeldbescheide
für Januar am 27. Dezember und die Unfallentschädigungen
und Invalidenbezüge für Januar am 29. Dezember gezahlt.
— (Strenger Frost.) In der vergangenen Nacht
sank die Temperatur bis auf 15 Grad unter Null. Auch
den geistigen Tag über war es empfindlich kalt. Aus den
höheren Lagen des Erzgebirges wurden am Mittwoch früh
10—11 Grad Frost gemeldet.

— (Aus dem Sächsischen Gesetzblatt.) Das
Sächs. Gesetzblatt Nr. 28 vom 18. Dezember enthält eine
Verordnung über die Aufhebung der Fachlehrerprüfung im
Zeichnen, ferner eine Aenderung der Friedensrichterordnung
und das Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer der
Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern, wie es vom
Landtag beschlossen worden ist.

— (Geschlossene Dienststellen am 24. und
31. Dezember.) Das Gesamtministerium hat angeordnet,
daß wegen Heizoferparung am 24. und 31. Dezember die
Geschäftsstellen aller staatlichen Behörden und Dienststellen
des Landes grundsätzlich geschlossen bleiben sollen. Dring-
liche Sachen sollen durch einen Sonderdienst erledigt werden.

— (Wer kann einen Milchkafo kochen?)
Auf 1 Liter Milch verwendet man 40—60 Gramm Zucker
(3—4 glatte Strichene oder etwa 2 gehäufte Eßlöffel voll)
und die gleiche Gewichtsmenge Kakaopulver (5—7 glatte-
strichene oder 2—3 gehäufte Eßlöffel voll). Kakaopulver
und Zucker mischt man zunächst in einem kleinen Behälter
trocken, fügt dann unter ständigem Rühren nach und nach
soviel kalte Milch oder kaltes Wasser hinzu, daß ein dick-
flüssiger, klumpchenfreier Brei entsteht. Darauf erhitzt man
die restliche Milch und schütte den angerührten Brei in die
heiße Milch, bringe das Ganze unter Rühren zum Kochen
und lasse einige Male aufwallen. Trinkt man den Kakafo
lieber mit mehr Milch oder wünscht man ihn süßer, so kann
man ihm nach Belieben noch Milch oder Zucker beifügen.
Der Zusatz einer kleinen Menge Vanillinzucker ist manchen
Kakaofrinkern angenehm.

— (Gedanke des 5-Uhr-Ladenschlusses
am Heiligabend auf dem Marsche?) Nachdem in
den Städten Osnaabrück und Stettin zum Teil schon seit
Jahren auf Grund freier Vereinbarung die Durchführung
des 5-Uhr- bzw. 5:30-Uhr-Ladenschlusses am Heiligabend
durchgeführt wird, erweitert sich die Reihe dieser Städte, wie
der „Pressebericht“ des GDA bekannt gibt, wiederum. Der
Gewerbeverein in Niesitz D.-L. hat ebenfalls beschlossen, die
Geschäfte um 5 Uhr zu schließen.

Kamenz. (Austritt aus dem Sächsischen
Militärvereinsbunde.) Infolge eines Bundesbeschlusses,
welcher jedem Kameraden den Bezug des Säch-
sischen Militärvereinsblattes zur Pflicht macht, beschloß der
Militärverein Kameradschaft Kamenz in seiner am Sonnabend
abend stattgefundenen 2. Hauptversammlung gegen zwei
Stimmen endgültig seinen Austritt aus dem Sächsischen
Militärvereinsbunde. Die hierdurch eingesparten Beiträge

Offener Brief des Deutschen Volksbundes an Zaleski

Zu den Gerüchten über die Rücktrittsabsichten des Reichsgerichtspräsidenten

Kattowik. Die gesamte deutsche Presse Ostob-
erschleiens veröffentlichte einen offenen Brief des Deutschen
Volksbundes an den polnischen Außenminister Zaleski im
Zusammenhang mit den in der Sonnabendausgabe des Völker-
bundesrates gegen den Volksbund erhobenen Anschuldigungen.
In diesem Brief wird festgestellt, daß das Beschwerdere-
cht des Deutschen Volksbundes in der Stellungnahme des
Präsidenten der Gemischten Kommission vom 26. November
1923 anerkannt worden ist und die Regierung das Be-
schwerderecht des Volksbundes in einer vom Völkerbundrat
unter dem 13. März 1924 zur Kenntnis genommenen Er-
klärung anerkannt hat. Weiter wird mit Zahlenunterlagen
der Vorwurf zurückgewiesen, daß der Deutsche Volksbund
den Völkerbundrat mit Beschwerden übersättigt habe. Der
Deutsche Volksbund habe grundsätzlich den Beschwerdebeweg
bei den Landesbehörden beschränkt. Nur die überaus
schleppende Behandlung dieser Beschwerden und die damit
verbundene

Gefährdung lebenswichtiger Interessen der deutschen Bevölkerung

habe den Deutschen Volksbund zur unmittelbaren Anrufung
des Völkerbundrates gezwungen. Mit dem Amtsvorgänger
des derzeitigen Wojewoden seien auf Grund besonderer Ver-
einbarungen die meisten Beschwerden im Wege unmittel-
barer Verständigung ohne Anrufung des Minderheitenamtes
erledigt worden. Dieses bewährte Verfahren habe mit Amts-
antritt des derzeitigen Wojewoden geendet.

Zu den Ausführungen Zaleskis über die zahlenmäßige
Stärke der deutschen Minderheit wird ausgeführt, daß sämt-
liche Unterlagen hierüber mangels einer Volkszählung
fehlten. Es wird jedoch festgestellt, daß für die deutsche
Minderheit nicht 90, sondern nach dem Stande vom
1. Dezember

nur 77 öffentliche deutsche Volksschulen bestehen

mit einer Schülerzahl von rund 17 500. Zu der Anschul-
dung, daß der Deutsche Volksbund die Ursache des Natio-
nalitätenkampfes und der politischen Unruhe sei, daß er un-
gesehliche Handlungen begehe und sogar den Umsturz vor-
bereite, erklärt der Deutsche Volksbund, daß in keinem Urteil
der Volksbund als der Urheber der behaupteten Taten be-
zeichnet wurde. Der von dem Minister mit Namen genannte
Abgeordnete Wlly sei überhaupt noch nicht zu der gegen ihn
erhobenen Beschuldigung gehört worden.

Es wird erklärt, daß der Deutsche Volksbund neben
kulturellen Aufgaben den Rechtsschutz seiner Mitglieder zum
Hauptzweck habe. Wenn dieser Rechtsschutz einen so großen
Umfang angenommen habe, so liege das nicht am Deutschen
Volksbund.

Der Deutsche Volksbund habe seine Mitglieder von jeder
auf die peinlichste Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten
hingewiesen. Der Kampf um unsere

Rechte als nationale Minderheit

sei dem Volksbunde sittliches Recht. Er richte sich nicht
gegen den Staat, sondern gegen diejenigen Behörden, die die
Rechte der deutschen Minderheit missachten. Die Ver-
letzung der der deutschen Minderheit verfassungsmäßig und
vertragsmäßig verbürgten Rechte durch die Behörden werde
u. a. auch durch den Präsidenten der Gemischten Kommission
anerkannt.

Kattowik. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher
Lehrer in Polen, Rektor Alfons Franke, der Leiter
der Minderheiten-Knabenschule in Kattowik, ist auf An-
ordnung der Schulleitung der Wojewodschaft plötzlich ohne
Angabe von triftigen Gründen vom Amt bis auf weiteres
entbunden worden. Offenstündlich soll durch diese neue Ge-
waltmaßnahme ein Kampf gegen die deutsche Lehrerverorgani-
sation in Polen geführt werden.

Bermittlung der panamerikanischen Konferenz.

Neue Depesche Paraguays an den
Völkerbund.

Genf. Mittwoch vormittag erfolgten in Paris
zwischen dem französischen Außenminister Briand und
Drummond, dem Generalsekretär des Völkerbundes, die
entscheidenden Besprechungen. Es macht den Eindruck, als
ob diese Verhandlungen günstig verlaufen würden, so daß
man erwarten könnte, daß der Völkerbund von der Ein-
berufung einer außerordentlichen Ratstagung nach Paris

absehen würde. Bolivien und Paraguay haben die
Bermittlung der panamerikanischen Konferenz angenommen.
Ob wegen des gesamten Konflikts oder bloß wegen der
letzten kriegerischen Vorfälle steht allerdings nicht fest.

Das Völkerbundssekretariat hat eine zweite Depesche von
Paraguay bekommen, die ungefähr die gleichen Klagen
gegen Bolivien vorbringt, wie die Depesche an den Rats-
präsidenten. Venezuela hat seine heraldische Zustimmung
zur Aktion des Völkerbundes ausgesprochen, während Ri-
paragua diese Aktion einfach zur Kenntnis nimmt. Es
könnte außerdem scheinen, als ob sich

die panamerikanische Konferenz und Amerika

überhaupt durch die Manöver des Völkerbundes zu einer
lebhafteren Aktion veranlaßt gesehen hätten, als es die-
jenige gewesen wäre, mit der sie sonst zur Hand gewesen
wären, wenn sie nicht die Konkurrenz des Völker-
bundes gefürchtet hätten. Dem Völkerbund dürfte
diese Lösung allerdings auch die angenehmste sein.

Bolivien und Paraguay rufen weiter.

London. Trotz der Annahme des Vermittlungs-
angebotes werden sowohl in Bolivien als auch Paraguay
die kriegerischen Vorbereitungen fortgesetzt. In Asuncion
wurde angekündigt, daß von 50 000 Freiwilligen für die
Armee bisher 30 000 angenommen wurden. Weiter wurde
betont, daß eine Gruppe von angeblichen Ueberläufern der
bolivianischen Armee in Albaro in der Nähe von Asuncion
gefangen genommen wurde.

Der Abschluß der Pariser Besprechungen.

Berlin. Die deutsche Regierung erwartet für die aller-
nächsten Tage eine amtliche Mitteilung über das Ergebnis
der Verhandlungen zwischen Poincaré und dem deut-
schen Botschafter in Paris in der Frage der Sachver-
ständigenkonferenz. Wahrscheinlich wird diese amtliche Mit-
teilung nicht in Form einer Note an die deutsche Regierung
und einer Antwort auf das deutsche Memorandum vom
30. Oktober erfolgen; man wird sich mit der Veröffentlichung
einer amtlichen Mitteilung der französischen Regierung und
der deutschen Botschaft in Paris begnügen, in der das Er-
gebnis der bisherigen Besprechungen zusammengefaßt wird.

Bauernversammlung in Greifswald.

Erneut Staatshilfe gefordert.

Stettin. In Greifswald fand eine Versammlung des
Landbundes statt, in der man sich mit der Not des Land-
volkes beschäftigte und am Schluß eine Entschließung an-
nahm, in der es heißt: Scham und Jorn haben weite Teile
unserer Landwirtschaft darüber ergriffen, daß alle wohl-
gemeinten Ratsschläge zur Abhilfe und alle Warnungsrufe
vor den unausbleiblichen Folgen der verkehrten
Handels- und Wirtschaftspolitik ungehört ver-
hallt sind. Heute ist es nun so weit, daß eine große Reihe
landwirtschaftlicher Betriebe, ob groß oder klein, vor der
Zatsache steht, daß sie

nur noch Verwalter für ihre Gläubiger

sind. Die Lage erkennen, heißt zugleich Wege weisen. Will
oder kann der Staat nicht helfen, so muß der Bauer seinen
Weg allein gehen. Nur warnen kann er heute, noch ein-
mal warnen vor dem Augenblick, in dem die Verzweiflung
an das Tor des von den Vätern ererbten Gutes pocht und
ihn heißt, den letzten Weg zu gehen, um so oder so ein Ende
zu machen. Wenn unter der Bede ein schleichendes Feuer um
sich greift, genügt ein Hauch, um die verhaltene Glut zu
einer verzehrenden Flamme emporlodern zu lassen.

In dem Bericht der Stettiner Landwirtschaftskammer
für den Monat November wird u. a. gesagt: Mit größter
Besorgnis verfolgt die Landwirtschaft, daß die ohne Zweifel
erheblich bessere Ernte als im Vorjahre in Gläubiger-
kreisen zu einer völlig falschen Auffassung
von der Leistungsfähigkeit der Landwirt-
schaft führt. Es ist gänzlich verfehlt, zu erwarten, daß die
Landwirtschaft

neben der Erhaltung ihrer Betriebe und der Abdeckung laufender Verpflichtungen

im wesentlichen Umfang früher kontrahierte
Schulden zurückerstatten kann. Im allgemeinen Interesse
kann nur dringend gewünscht werden, daß die Gläubiger
ihre Forderungen auf Rückzahlung von Krediten der
Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft anpassen.